

24./X. 1916

Ernährungsfragen im Hauptauschuß.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlungen des Reichshaushaltsausschusses erklärt ein sozialdemokratischer Abgeordneter, kein Zentner Getreide dürfe zu Brennereizwecken Verwendung finden. Die Unterlagen der Preisfestsetzung bedürfen der Nachprüfung. Auch die Nachzahlungen der Spirituszentrale mit etwa 16 M. müssen noch hinzugenommen werden. Zwanzig Zentner Kartoffel sind für einen Hektoliter Spiritus nicht notwendig. Der Redner bringt den Antrag ein, die Festsetzung von 98 M. für zu hoch zu erklären.

Präsident v. Batocki meint, man dürfe in solchen Fällen nicht auf die Entstehungskosten zurückgehen, sowie nicht nur die Verhältnisse erstklassiger Brennereien berücksichtigen, da man auch die weniger gut arbeitenden brauche.

Die hohen Spirituspreise.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter führt aus: 98 M. sind zu hoch, das läßt sich nicht in ein Verhältnis bringen zu den 55 M. für Brennspiritus. Wir werden also mit einer Erhöhung der Preise oder mit einer Einschränkung der Menge rechnen müssen. Die Spannung von 55 Pf. zu 150 ist zu hoch, das Publikum begreift sie nicht. Die süddeutschen Brenner würden sich über die Zuwendung von Melasse sehr freuen.

Ein Zentrumsabgeordneter stimmt der Anregung hinsichtlich der süddeutschen Brennereien zu, dagegen nicht dem Antrag der Sozialdemokraten, dessen Grundlage falsch sei. Der Preis von 150 M. für Brennspiritus ist viel zu hoch. Warum hat man mit der Gewinnung von Spiritus aus Sulfidäugen so lange gezögert? In Laugen fehlt es doch nicht. Der Redner ist erstaunt, daß die Gewinnung aus Holz noch so sehr im Rückstande ist, hier dürfe an Geld nicht geknauert werden.

Ein Regierungsvertreter erklärt, daß die Nachzahlungen der Spirituszentrale nie mehr als 6 M. betragen haben, im letzten Jahr werden es nicht mehr als 2-3 M. gewesen sein. Die früheren Preiserhöhungen haben nicht so anreizend gewirkt, wie man hoffte. Die Kosten sind an allen Ecken und Enden außerordentlich gestiegen. Die Einschränkung der Verwendung für technische Zwecke geschieht schon, man kann aber doch nicht z. B. alle Effigfabriken stilllegen. Wären die Preise zu hoch, so würden die Brennereien ihren Betrieb steigern, davon ist wenig oder nichts zu merken. Die Preise für Brennspiritus sollen nicht über den gegenwärtigen Stand erhöht werden. Die Höhe der Spannung von 55 Pf. bis zu 150 M. ist allerdings außerordentlich fühlbar, aber es wird gerade der ärmeren Bevölkerung durch Marken der Gemeinden der billigere Spiritus zugeführt, was eine durchaus soziale Maßnahme ist.

Der Antrag beider sozialdemokratischer Fraktionen (98 M. sind zu hoch, Herabsetzung auf eine Preislage, daß die Kartoffel unter dem Höchstpreise für Eßkartoffeln verwertet werden kann) wird zurückgezogen, nachdem der Vorsitzende festgestellt hat, daß Präsident v. Batocki in Aussicht gestellt hat, auf eine Herabsetzung der Preise Bedacht zu nehmen.

Abkürzung der Beratungen.

Vor Fortsetzung der Debatte gibt der Vorsitzende eine Aeußerung des Staatssekretärs Dr. Helfferich bekannt, daß es der Regierung bei der jetzigen Ausdehnung der Sitzungen unmöglich sei, alle Arbeiten zu erledigen. Mit Rücksicht hierauf und auf die allgemeine Geschäftslage wird beschlossen, die Beratungen möglichst abzukürzen und zusammenzuziehen.

Die Erstattung eines schriftlichen Berichtes wird beschlossen. Bezüglich der allgemeinen Geschäftslage meint ein Zentrumsabgeordneter, es sei besser, anstatt mit so zahlreichen Gegenständen zu kommen, eine geringere Anzahl zu behandeln, diese aber mit Nachdruck zur Durchführung zu bringen. Der Redner hält es für wünschenswert, wenn das Plenum des Reichstages bis zum 4. November fertig werden würde.

Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei wendet sich dem konservativen Antrag zu, der eine gerichtliche Bestrafung des Wuchers, sowie Einziehungen nur in den Fällen eintreten lassen will, in denen einwandfrei nachgewiesen ist, daß der Täter vorfänglich und aus Gewinnsucht gegen die Ernährungsverord-

nungen verstoßen hat. Der Redner begründet im einzelnen den fortschrittlichen Antrag, der eine Reihe von Maßnahmen bezüglich der Viehhaltung und eine Verminderung des Wildbestandes fordert.

Ein nationalliberaler Redner begründet den Antrag seiner Partei über Düngerverteilung; dieser solle verhindern, daß in ein und demselben Bezirk einzelne Landwirte bevorzugt würden, während andere nichts erhielten.

Ein Zentrumredner wünscht, daß der Kleinhandel in das Kriegsernährungsamt mit einbezogen würde. Das könne nur nützlich wirken, außerdem handle es sich um die Erhaltung eines bedeutungsvollen Erwerbsstandes.

Schweine-Abchlachtung oder nicht?

Ein Redner der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft führt aus, das Sinken der Ferkelpreise beweise, daß der Schweinebestand zu groß sei. Um die Abchlachtung der Schweine kämen wir nicht herum.

Ein Zentrumredner behauptet, daß ein großer Teil der Tiere mit Rohfutter durchgehalten werden könne. Die Abchlachtung der Schweine sei nicht nötig.

Ein Redner der Fortschrittlichen Volkspartei spricht für den fortschrittlichen Antrag, der ja gerade dem Landwirt freie Hand lassen will und die Viehhandelsverbände zur Übernahme verpflichtet, wenn der Landwirt einzelne Tiere abzustößen genötigt ist.

Ein konservativer Redner warnt davor, zu schematisch vorzugehen. Beim Schweinemord habe man nicht genügend dafür gesorgt, die Schweine der menschlichen Ernährung zuzuführen. Der Redner erklärt sich einverstanden mit der Hinzuziehung eines Kleinhandelsvertreters in das Ernährungsamt. Die Zwangsbewirtschaftung stifte keinen Nutzen, wolle man sie aber durchführen, so müsse man die kleinen Betriebe nicht anders behandeln als die großen. Der Redner rügt, daß nicht genügend Vieh nach den okkupierten Gebieten geschafft worden sei.

Ein Sozialdemokrat fragt an, ob die Regierungspräsidenten genügend darüber instruiert seien, wie sie die Durchführung der Höchstpreise zu überwachen hätten. Er fragt ferner, ob sich nicht besser dafür sorgen ließe, daß die Zufuhr von Butter und Fett nach den Städten weniger störend erfolge.

Präsident im Kriegsernährungsamt von Batocki: Die bedenkliche Stokung im Verkehr ist Gegenstand der Beratung der beteiligten Instanzen. Die Gründe sind mannigfacher Art. Was die geforderte Einbeziehung des Kleinhandels in das Kriegsernährungsamt anbetrifft, so bestehen Bedenken gegen eine Vermehrung des Vorstandes. Es handelt sich hier nicht um den Kleinhandel allein, es liegen nicht weniger als zwanzig Anträge von verschiedener Seite vor. Den Wünschen des Kleinhandels hinsichtlich der Gewinne ist leider nicht immer zu entsprechen, weil man den Konsum nicht zu stark belasten darf. Der Kunstbäcker soll mehr als im Vorjahre dem freien Handel zur Verfügung gestellt werden. Wir hatten 50 v. H. des Friedensbedarfs an Stickstoff; wie es später werden wird, mag dahingestellt bleiben. An Thomasmehl haben wir 85 v. H., Superphosphat steht nur wenig zur Verfügung. Kali ist eine Verkehrsfrage. Eine Rationierung des Kunstbäckers ist nicht möglich, der Anbau von Desfrüchten, Flachs, Gemüsen und Hülsenfrüchten und auch von Zuckerrüben wird im voraus berücksichtigt. Eine Verschiebung zugunsten des freien Handels soll bei der Verteilung erfolgen. Ungefähr zur Hälfte soll der Stickstoff an die Organisationen und zur Hälfte an den freien Handel gegeben werden. Vom Mischdünger sollen 40 v. H. an den Handel gehen. Das Thomasmehl wird je zur Hälfte verteilt werden. Den Kommunalverbänden kann man die Verteilung nicht übertragen.

Das Frostwetter ist recht ernst zu nehmen.

die Kälte beträgt bis zu 5 Grad in höheren Lagen, sicher werden wir wieder frostfreie Tage bekommen. Der akute Kartoffelmangel ist zum allergrößten Teile behoben. Die Dispositionen sind vielfach durch die Umstände über den Haufen geworfen worden. Bei Fett und Butter befinden wir uns in einem Übergangszustand zu einer besseren Regelung. In etwa acht Wochen werden wir zu stetigen Verhältnissen kommen. Berlin mit 90 Gramm Fett pro Kopf und Woche steht immer noch besser da als andere Orte. Auch beim Fleisch wird die Verteilung regelmäßiger werden.

Ziffer 5 des fortschrittlichen Antrages, der die Viehhandelsverbände verpflichtet, Schweine aller Altersklassen, welche wegen Futtermangels nicht nutzbringend gefüttert werden können, baldmöglichst abzunehmen, wird dahin geändert, daß statt „welche wegen Futtermangels“ gesetzt wird: „welche der Tierhalter aus wirtschaftlichen Gründen zu verkaufen für zweckmäßig erachtet“.

Die Debatte ist damit geschlossen. Die Fortsetzung der Beratungen findet Dienstag vormittag statt mit der Tagesordnung: Brotgetreide, Hafer und Gerste.

Am Mittwoch früh wird der Reichsfinanzsekretär der Kommission einen Vortrag halten über die Lage der Reichsfinanzen.